

# PRESSEINFORMATION

**(pk) Grüne Südliche Weinstraße prangern skandalöse Zustände im Umgang mit Hartz IV-Empfängern durch die ARGE-Landau an und fordern Zugangsmöglichkeiten zum 1. Arbeitsmarkt zu erleichtern**

Der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen hat sich auf seiner Mitgliederversammlung am 23.08. in Heuchelheim mit den Auswirkungen von Hartz-IV in der Region befasst und hierzu Martin Kröhn von der Selbsthilfegruppe Hartz IV eingeladen.

Das was Martin Kröhn an Erfahrungen von der vor ca. 7 Monaten ins Leben gerufene Selbsthilfegruppe mit der ARGE Landau zu berichten wusste, hat unter den Kreismitgliedern für Entsetzen gesorgt und dringenden Handlungsbedarf offen gelegt.

**So sind nach Kröhns und weiterer Aussagen anwesender Hartz IV-Betroffener viele Fallmanager mit der Beratung von 200 bis 300 ALG II-EmpfängerInnen je Fallmanager schlicht überfordert. Es fehle zudem oft an psychologischer und pädagogischer Eignung im Umgang mit Menschen, die sich an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen und von denen viele seit vielen Jahren vergeblich auf eine Chance hoffen wieder einen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu finden.** Die anfängliche Offenheit und Freundlichkeit der BearbeiterInnen in der ARGE wandle sich schnell hin zu unpersönlicher, oft auch negativer und frustrations-geladener Begegnungsatmosphäre berichten die anwesenden Betroffenen einmütig.

**→ Die Kreisgrünen fordern daher einen menschenwürdigen, von Anstand und Fairness geprägten Umgang mit den Hartz IV-Empfängerinnen und -Empfängern**

**Den Hartz-IV-Empfängern wird nicht einmal ansatzweise die Chance geboten aus dem Teufelskreis der 1 €-Job-Billigarbeitskräfte herauszukommen.** Eine Qualifizierung „on the job“ entsprechend der Neigung und den Fähigkeiten der ALG II-Empfänger erfolgt nach Aussage von Herrn Kröhn nicht. **Ein dritter Arbeitsmarkt scheint im Gegenteil bewusst kalkuliert angeboten zu werden, der den Kommunen und sonstigen Bedarfsträgern hilft ihre Produktionskosten zu senken, vermutet Martin Kröhn.**

**So rotieren viele bei der 1 €-Job-Arbeit zwischen Bauhof, den Sozialdiensten, dem Zoo und dem Gartenbauamt, ... und so weiter um dann wieder beim Bauhof anzufangen.**

**→ Die Grünen fordern auch die Rückwandlung der 1 €-Jobs in Jobs des ersten Arbeitsmarktes und die Einführung eines Mindestlohn.**

**Die Hartz-Gesetze werden bewusst missbraucht um auf dem Rücken der Arbeitsuchenden einen Billigarbeitsmarkt Marke Fernost zu ermöglichen, kritisieren die Grünen weiter. Dies sei untragbar reklamieren die Kreisgrünen. Auch der Kreis SÜW vernachlässigt seine Fürsorgemitverantwortung gegenüber den Arge-Mitarbeiterinnen, die bis zu 2,5 mal mehr Fälle zu bearbeiten haben als noch zu Sozialamtszeiten sträflich.**

**Die größte „Schweinerei“ im Umgang mit den ALG II-Empfängern läuft jedoch beim Umgang mit rechtmäßig zustehenden Bezügen bemerken die Kreisgrünen. Das verwendete Computersystem der ARGE berechnet die Bezüge oft falsch und unterschlägt zustehende Bezügeanteile. Reklamationen, so sie denn von den Betroffenen**

vorgebracht werden, können von den Bearbeitern drei Monate im Bearbeitungsstatus gehalten werden was wohl auch oft geschieht und die Betroffenen weiter in eine missliche Lage bringt. Größere Zahlungssäumnisse der ARGE seien so keine Seltenheit. Manchmal werden die Bezüge auch ohne Vorankündigung ganz eingestellt. Die Ausstände der ARGE können dann schnell in den vierstelligen Bereich anwachsen, so Herr Kröhn verärgert. Hartz IV-Empfänger müssen dann um leben zu können sich das Geld von Freunden, die noch im ersten Arbeitsmarkt stehen erbitten um nicht hungern zu müssen.

➔ Die Kreisgrünen fordern ein Ende dieses unwürdigenden beschämenden Umgangs mit Bezügeempfängern in Landau und dem Kreis Südliche Weinstraße und ein Ende des Missbrauchs der Hartz-Gesetze zu Lasten der ALG II-Empfänger durch ARGEN und Verwaltungen. Weiterhin fordern die Grünen Qualifizierungsangebote für ALG II-Empfänger und psychologische Schulungen für Mitarbeiter der ARGEN sowie eine Verdoppelung der Bearbeiterzahl.

Die Grünen fordern zudem die Anhebung der ALG II-Bezüge um 20 % und die Einrichtung einer unabhängigen Prüfinstanz zur Prüfung der Bezügeabrechnungen in Landau.

Ziel müsse sein, so die Grünen abschließend eine gerechte Teilhabe an gesellschaftlichen Wohlstand für alle Menschen zu erreichen und allen Menschen auch die gleichen Zugangschancen zu Arbeit und Bildung zu ermöglichen.